

SPD-Fraktion StädteRegion Aachen | 52090 Aachen

SPD-Fraktion im Städteregionstag

An
die Vorsitzende des Ausschusses für
Personal und Informationstechnik
Frau SRTM Ingrid von Morandell

im Hause

Zollernstraße 16
52070 Aachen

Gebäude E | Raum 182

Telefon: (0241) 5198 - 3645

Telefax: (0241) 5198 - 3654

E-Mail: spd@staedteregion-aachen.de

Internet: spd-staedteregion-aachen.de

Aachen, 19. 4. 2016

Open Data in der StädteRegion Aachen umsetzen

Sehr geehrte Frau von Morandell,

bitte behandeln Sie diesen Antrag in der Sitzung des Fachausschusses am 9. Juni 2016. Der Städteregionsrat wird gebeten, den Antrag auf die Tagesordnung des Städteregionsausschusses am 16. Juni 2016 zu nehmen.

Die kommunalen Verwaltungen in Nordrhein-Westfalen verfügen über einen großen ideellen Reichtum: Täglich erfassen sie unzählige Daten. Viele von ihnen sind urheberrechtlich geschützt oder personenbezogen, so dass sie nicht öffentlich weiterverwertet werden dürfen. Der Großteil kommunaler Daten stünde jedoch für eine Weiterverwertung zur Verfügung, beispielsweise für die Wirtschaft, die Wissenschaft, Bildung und Schule, Sport und Kultur, Ehrenamt oder zivilgesellschaftliche Organisationen.

Außerdem können die Daten zur Optimierung verwaltungsinterner Prozesse und behördenübergreifend sowie zur interkommunalen Zusammenarbeit verwendet werden.

Im Handbuch von Leonhard Dobusch zur kommunalen Netzpolitik „Freiheit vor Ort“ heißt es: „Im Zuge der Verwaltungstätigkeit produzieren öffentliche Verwaltungen routinemäßig einen großen Stock an nicht-personenbezogenen Daten, deren Nutzungspotential durch die Verwaltung selbst – schon aufgrund beschränkter Ressourcen – kaum ausgeschöpft werden kann. Insbesondere im Bereich der ortsbezogenen Daten (Geodaten) gehen so viele innovative Nutzungsmöglichkeiten verloren, wenn nicht Dritten die Möglichkeit eingeräumt wird, diese Daten frei zu nutzen. Hinzu kommen demokratiepolitische Überlegungen: Offener Zugang zu öffentlichen Daten bedeutet ein Mehr an Transparenz und damit eine bessere Möglichkeit zur demokratischen Kontrolle.“

Seit einigen Jahren beschäftigen sich Kommunen damit, wie Datensätze in digitaler Form bereitgestellt werden können, damit Programmierer aus ihnen Programme und Anwendungen erstellen können, die letztlich denjenigen einen Mehrwert bieten, die mit ihren Steuern und Abgaben die Erfassung der Daten finanziert haben: die Bürgerinnen und Bürger.

(Seite 2)

Der größte Vorbehalt den man vor der Einführung von Open Data hat, ist der vermeintliche finanzielle und personelle Aufwand. In einem Positionspapier („Open Daten in den Kommunen“) vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement und des Branchenverbandes Vitako wird hierzu festgestellt: „Aus organisatorischer Sicht betritt man mit dem Thema Open Data nur in Teilen Neuland. Im Kern geht es darum, Daten für die Veröffentlichung im Internet bereitzustellen bzw. zusammenzutragen. Die Prozesse unterscheiden sich daher nicht grundlegend von der Arbeit einer Internetredaktion. Dies ist in vielen kommunalen Verwaltungen bereits jahrelange Praxis.“

Die SPD-Fraktion des Städteregionstages bittet die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit dem kommunalen Anbieter, der regio-IT Gesellschaft für Informationstechnologie mbH, Open Data einzuführen. Ziel ist es, sämtliche kommunalen Daten nach den Open Data-Kriterien zu veröffentlichen.

Wir sehen in der freien Verfügbarkeit und Nutzbarkeit von öffentlichen Daten ein Mehr an Bürgerfreundlichkeit und eine bessere Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischer und administrativer Entscheidungen. Open Data dient der Wirtschaftsförderung. Dateninfrastruktur wird heute als Standortvorteil begriffen. Das proaktive Bereitstellen der Informationen führt zum Abbau manueller Anfragen.

Handlungsanleitungen und weitere Informationen sind auf der Homepage www.vitako.de einzusehen. Die Stadt Aachen stellt bereits einige Daten unter <http://offenedaten.aachen.de/> bereit.

Bislang sind einzelne Datensätze aus den Organisationseinheiten der Städteregionsverwaltung ins Netz gestellt. Hierzu zählen z. B. der Haushaltsplan oder Erhebungen zum demographischen Wandel. Eine gewisse Durchgängigkeit in dieser Praxis ist nicht erkennbar. Es empfiehlt sich, die veröffentlichten Datenbestände nach einem speziellen Format und als solche ersichtlich für zukunftssträchtige Anwendungen zur Verfügung zu stellen. Um das Ziel von Open Data zu erreichen, möge der Städteregionsausschuss beschließen:

„Die Verwaltung wird mit der Prüfung beauftragt, inwieweit sich nach den Open Data-Kriterien weitere Datenbestände für die allgemeine Öffentlichkeit im Internet bereitstellen lassen. Hierbei soll die öffentliche Datenbereitstellung im Rahmen der rechtlichen Zulässigkeit allgemeine und reguläre Praxis werden. Die Verwaltung berichtet dem Ausschuss, welche weiteren Möglichkeiten sie auf diesem Gebiet sieht und wie sie Open Data in der StädteRegion Aachen bis wann und in welchen Schritten umsetzen kann.“

Mit freundlichen Grüßen

gez.:

Martin Peters
Fraktionsvorsitzender

begl.:


Horst Herberg

Kopien an:

Städteregionsrat – Fraktionen – Dez. I – A 10 – Arbeitsgruppe 10.6 – Büro Städteregionsrat